



Besatzung bringt keinen Frieden!

Der Krieg ist mit der Einnahme Bagdads, Bashras und Mosuls in die Phase der Besatzung übergegangen. Diese wird, ob mit oder ohne UNO, weder Frieden noch Demokratie bringen. Der Krieg hat die Grundlage für weitere Konflikte gelegt. Eine Voraussetzung für die Lösung der Probleme der irakischen Bevölkerung wäre der sofortige Abzug aller imperialistischen Truppen aus der Region.

VON FRANZ BREIER JUN., SLP
WIEN-MITTE

Die letzten Tage waren von einer dramatischen Verschärfung der Offensive am Boden und aus der Luft gekennzeichnet. Die Spitäler sind mit verletzten Menschen überfüllt. Der Tod einer Reihe von Journalisten ist ein weiterer Hinweis für den Blutausch der Militärs. Die Auswirkungen des Golfkriegs 1991, vieler Bombardierungen der letzten Jahre und die Sanktionen haben das Land an den Rand des Zusammenbruchs geführt. Deshalb wurde die erste Phase des Krieges, trotz erbittertem Widerstand am Anfang, relativ rasch über die Bühne gebracht.

Doch die überwältigende Feuerkraft kann nicht über die Ablehnung hinwegtäuschen, die die Besatzung im Irak und dem gesamten Nahen Osten hervorgerufen hat und noch provozieren wird. Die Münchener Abendzeitung meint: "Den Amerikanern fiel es relativ leicht, mit Übermacht militärische Ziele zu erreichen.", doch "von einer Ordnung ... kann keine Rede sein". Es gibt Berichte über Plünderungen in Bagdad. Das beweist, wie schlecht es großen Teilen der Bevölkerung geht. Dass sich die Massen nicht mit "nackten Händen" (aus einer Aufforderung Husseins) in eine aussichtslose Schlacht gegen die hochgerüsteten USA geworfen haben, ist nicht mit Begeisterung oder Unterstützung für die Besatzer gleichzusetzen. Ein weithin bekannt gewordener Spruch auf Häuserwänden in Bashra lautet "Befreier, geht heim!". Ein irakischer Student sagte vor einigen Tagen: "Wir sind zwischen 2 Feinden gefangen, Saddam und den Briten. Wir wollen unsere eigene Regierung." Die Langzeitfolgen dieses Krieges werden der

Nahen Osten und die gesamte Welt noch zu spüren bekommen. Die gespannte Lage im Nahen Osten wird von der saudischen Zeitung Riyadh mit der Unausweichlichkeit von bevorstehenden "Kriegen nach Saddam" zusammengefasst; vielleicht nach einer gewissen Atempause in den nächsten Wochen.

"OLD EUROPE" ODER UNO?

Der Streit zwischen USA und Britannien, Deutschland, Frankreich über die Verwaltung des Irak offenbart, dass es Schröder und Chirac nicht um den Frieden, sondern um ihre eigenen wirtschaftlichen und strategischen Interessen ging. Was die deutsche Regierung von der Bewegung hält, hat die Polizei in Hamburg bewiesen. Gegen eine SchülerInnen-Demo wurden Wasserwerfer eingesetzt. Auf Elfjährige wurde eingedroschen! Chirac mag einigen US-Politikern den Spaß an französischem Rotwein vergällen. Ein Partner im Kampf für den Frieden ist er deshalb nicht. Der französische Ölriese Elf hatte vor dem Krieg im Südirak Zugriff auf zwei Ölfelder. Das Sagen werden nun US- und britische Konzerne haben. Ob die kapitalistischen Führer des "old europe" oder die Regierung der USA oder Britanniens: Wie Aasgeier stürzen sich die verschiedenen kapitalistischen Länder auf das darniederliegende Land. Chirac meint ohnehin, die "USA und Britannien sollen zunächst Besatzungsmächte" sein. "Danach" sollen die "UN eine zentrale Rolle spielen". Die UNO hat erstens den Krieg nicht verhindert, zweitens mit der Sanktionspolitik im letzten Jahrzehnt 100.000e Irakis, mehrheitlich Kinder, getötet! Diese UNO-Politik hat es den Massen lange Zeit verunmöglicht, sich vom Joch der Diktatur zu befreien. Nur solche Bewegungen

der Massen in den Städten hätten eine Grundlage für den Aufbau echter Demokratie im Land bringen können. Die Beispiele des Balkan (in Bosnien mittlerweile 7 Jahre Protektorat) und Afghanistans widersprechen den Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft im Nahen Osten auf kapitalistischer Grundlage. Weder soziale noch politische Stabilität ist dort hergestellt, geschweige denn sind die ethnischen Spannungen auch nur ansatzweise überwunden. Die dauerhafte Präsenz imperialistischer Truppen im Irak wird früher oder später zu weiteren Kriegen führen - zu einem Befreiungskrieg gegen die Besatzung, zu Bürgerkriegen entlang ethnischer Linien oder in Form der Ausweitung auf andere Länder. Die unverhohlene Drohung der USA gegen Syrien und Iran deuten weitere Konflikte an.

USA GEGEN DEMOKRATIE!

Die 'LA Times' zitiert aus dem US-State-Department, wonach "liberale Demokratie schwierig zu erreichen" sei. Es wurde die Warnung vor der Abhaltung von Wahlen ausgesprochen. Solche Wahlen könnten Mehrheiten für US-feindliche und islamistische Regierungen bringen. Deshalb soll es laut US-Plänen eine US-Verwaltung geben, geführt vom Waffenlobbyisten Jay Garner, und möglicherweise "Exil-Irakern". Diese Gestalten werden im Nahen Osten weithin als Kollaborateure des Imperialismus abgelehnt. Die 'Neue Zürcher Zeitung' beschreibt die "Vorstellung" der Entwicklung zu einem demokratischen Irak als "gefährliche Illusion".

BOYKOTT - AM ZIEL VORBEI!

Es ist verständlich, dass viele Menschen den Hauptschuldigen des Krieges Schaden zufügen wollen. Doch ein "Boykott von



US-Produkten" geht daran völlig vorbei. Was ist in einer derart globalisierten Welt ein "US-Produkt" und was nicht? Ja, die USA sind das größte imperialistische Land, was weder die herrschenden Zustände in anderen Ländern besser macht, noch die ArbeiterInnenklasse und Jugendlichen in den USA pauschal zu Bösewichten. Ein Boykott-Aufruf birgt die enorme Gefahr in sich, nationalistische Vorurteile zu vergrößern. Deshalb lehnen wir einen solchen Aufruf ab. Im Unterschied dazu sind Aktionen vor Konzernzentralen ein gutes Mittel, die Verbindung von Kapitalismus und Krieg aufzuzeigen.

WIE WEITER?

In der Anti-Kriegs-Bewegung ist nach drei Wochen Demos eine gewisse Müdigkeit eingetreten. Das ändert nichts an der grundlegenden Ablehnung der Kriegspolitik. Immer mehr Menschen wird der Zusammenhang zwischen Krieg, Krise und Kapitalismus klar. Daraus kann die Bewegung ihre eigentliche Stärke gewinnen. Neben der Entwicklung solcher Diskussionen wäre die Mobilisierung durch die Gewerkschaften entscheidend. Es geht nicht bloß um einen Krieg in einem fernen Land. "Humanitäre Hilfe" beim "Wiederaufbau" ist die billige Ausrede, mit der auch die österreichische Regierung im Rahmen einer breiteren Besatzung einen Anteil an der Ausbeutung des

Irak erhalten möchte. Außenministerin Ferrero-Waldner hat dies bereits angekündigt. Dagegen müssen wir mobil machen. Ebenso haben die Regierungsangriffe auf die Pensionen historische Ausmaße. Gerade jetzt ist die Wut unter vielen ArbeitnehmerInnen sehr groß, und sie ist berechtigt. Es ist kein Zufall, dass in Zeiten von Krise und Krieg Angriffe auf den Lebensstandard von ArbeitnehmerInnen und Arbeitslosen gefahren werden. Allen Wirtschaftsböcken stand schon vor dem Irak-Krieg die Rezession ins Gesicht geschrieben. Wer zahlt den Preis für den Krieg? Unmittelbar die irakischen Massen. Und im Westen soll die finanzielle Last auf ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose abgewälzt werden. Die Gegenüberstellung der geplanten Aufrüstung zum geplanten Pensionsraub könnte genutzt werden, um sowohl die Regierungsangriffe zu stoppen sowie an internationalen Protesten gegen Besatzung und Krieg anzuknüpfen.

BESATZUNG STOPPEN

Die ersten zwei Aprilwochen haben Streiks gegen den Krieg in Italien, Griechenland und Spanien gesehen. Dazu kam der Streik in Frankreich gegen die Angriffe auf die Pensionen. Diese Proteste drücken auch die enorme Ablehnung gegenüber der gesamten neoliberalen Politik aus. Um die Kriegstreiber, Aufrüster und Sozialabbauer loszuwerden, müssten die europäi-

schen Gewerkschaften diesen Schritt entschlossen unterstützen. Dazu wurde der ÖGB vom großen Schulstreik am 20.3. aufgefordert! Internationale Massenproteste dienen auch dazu, das Gefühl internationaler Solidarität zu stärken; gerade mit unseren KollegInnen in den USA, Britannien und dem Nahen Osten. Der Einsatz für den Frieden kann nur erfolgreich sein, wenn er mit dem Kampf gegen die Ursachen solcher Kriege verbunden wird. Beteiligen Sie sich mit der SLP und dem Komitee für eine ArbeiterInnen-Internationale, die Anti-Kriegs-Bewegung in diese Richtung zu entwickeln.

* Für internationale Blockade- und Streikaktionen organisiert von den Gewerkschaften, um Nachschub für Krieg und Besatzung zu stoppen.

* Für den Abzug aller imperialistischen Truppen aus der Golf-Region. Keine Truppen-Stationierung unter dem Deckmantel UNO. Unabhängigkeit für den Irak. Volles Selbstbestimmungsrecht für die KurdInnen.

* Nein zur Privatisierung der Ölindustrie im Irak.

* Keine Beteiligung aus Österreich für Besatzung und Ausbeutung des Irak. Kein Cent für Aufrüstung. Volles Bleiberecht für alle Flüchtlinge.

* Für eine Regierung aus Komitees von ArbeiterInnen, städtischer Armut und der Landbevölkerung im Irak als Teil einer

**STOPP DER BESATZUNG DES IRAK, EGAL OB DURCH USA ODER UNO!
NUR EINE SOZIALISTISCHE WELT WIRD EINE FRIEDLICHE WELT SEIN!**

Nur Streik kann Pensionsraub stoppen!

Im Windschatten des Krieges gegen den Irak setzt die österreichische Regierung zu einem beispiellosen Feldzug gegen Pensionen, Gesundheitswesen und Arbeitslosenversicherung an. Bereits Anfang Mai soll die Pensionssicherungs“reform“ beschlossen werden. Angeblich ist sie vor allem für „die Jungen“ unumgänglich, anders wären ihre Pensionen nicht zu sichern. Das einzig Sichere an dieser „Reform“ ist allerdings, dass die Regierungspläne das Ende der Pensionen bedeuten würden. Sogar der konservative Kurier nennt die Heftigkeit der Angriffe „die größten Einschnitte ins Sozialsystem in der 2. Republik.“

VON HARALD MAHRER, SLP
MARGARETEN

Sollte sich die schwarz-blaue Regierung mit ihren Vorhaben durchsetzen, wäre das mehr als „bloßer“ Sozialabbau. Die Gesamtheit der „Reformen“ kommen einer völligen Zerschlagung des österreichischen Sozialwesens gleich. Nur mehr wer es sich leisten kann, teure Privatversicherungen abzuschließen, soll nach Schüssels Plänen künftig umfassend versichert sein.

PENSIONEN DEFACTO ABSCHAFFEN

Nach Regierungsplänen sollen Frauen, die nach 2030 in Pension gehen werden, 48% ihrer Pension verlieren, Männer 42%. Einkommenseinbußen in dieser Höhe könnten sich zwar die Herren Fasslabend und Stummvoll (jeweils über EUR 12.000 Pension) leisten, nicht aber einE durchschnittlicheR PensionsbezieherIn. Schon heute liegen die durchschnittlichen Pensionen von ArbeiterInnen unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz von knapp EUR 650,- (wer weniger erhält, bekommt eine Ausgleichszahlung vom Staat auf die 650.- Euro. Das ist also quasi die Mindestpension – wie man davon allerdings leben soll, erklären die PolitikerInnen nicht). Es ist blanker Zynismus, wenn die Regierung behauptet, dass durch die Halbierung der Pensionsbezüge, die Pensionen gesichert würden. Diese Reform ist nicht die Sicherung der Pensionen, sondern deren Abschaffung.

ARBEITSLOSE VOR DEM NICHTS

Durch die Abschaffung der Frühpension, wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen, also wird auch dort gekürzt. Durch die Umwandlung der Notstandshilfe in Sozialhilfe, wären Arbeitslose, die län-

ger als 6 Monate arbeitslos sind, auf Almosen angewiesen und hätten keinerlei Rechtsanspruch auf eine Unterstützung. In manchen Bundesländern ist die ohnehin erbärmlich niedrige Sozialhilfe nach Ende der Notlage oder von Angehörigen zurückzahlen. Justizminister Böhmendorfer verschärft die Lage noch mit einem neuen Strafrechtsparagrafen, der „Sozialbetrug“ unter Strafe stellt (6 Monate bis 5 Jahre), übrigens eine Forderung aus dem FPÖ-Programm. JedeR KollegIn, die/der vergisst ein Sparbuch der „Pepi-Tant“ bei der Sozialhilfestelle

anzugeben, riskiert in Zukunft eine Gefängnisstrafe.

WIE DAS SOZIALSYSTEM SICHERN?

Die Gewerkschaft der Privatangestellten stellt in ihrer Stellungnahme zum Regierungsprogramm richtig fest, dass diese „Reform“ keineswegs notwendig wäre, um das Pensionssystem zu „retten“, sondern dazu dient, das Pensionssystem derart kaputt zu schlagen, dass ein größerer Markt für Privatpensionen entsteht. Zur Förderung der Privatpensionen hat die Regierung ja jede Menge Geld, nicht aber für das öffentliche Pensionswesen. Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen. Ob die Pensionen finanzierbar sind, hängt nicht davon ab, wieviel „Junge“ auf eineN Pensionisten/in kommen, sondern ist eine politische Entscheidung. Wenn Geld für Abfängjäger und

Steuergeschenke für Reiche und Unternehmen da ist, dann scheitert es nur am politischen Willen, wenn kein Geld für Pensionen da ist. Geld hat nämlich kein Mascherl! Durch Abschaffung der Vermögenssteuer und durch das Reiche extrem begünstigenden Stiftungsrecht sind in den letzten Jahren die Steuereinnahmen aus Gewinn und Vermögen drastisch zurückgegangen. Ausserdem sind



Warnung:
Dieser Mann gefährdet Ihre Zukunft!

in den Kollektivverträgen meist nicht einmal die Inflation und die Teuerungen durch den Sozialabbau abgegolten worden, geschweige den die Produktivitätssteigerung. Wäre das geschehen, wären die Beiträge zur Sozialversicherung entsprechend höher gewesen. Die schon lange geforderte Wertschöpfungsabgabe, bei der Maschinenleistung (die Arbeitsplätze wegrationalisiert) besteuert wird, hätte eine zusätzliche Einnahmequelle bedeutet. Und dann gäbe es heute keine Engpässe in der Sozialversicherungen. Dass das alles nicht durchgesetzt wurde, ist auf die ÖGB-Führung zurück zu führen, die noch immer an die Sozialpartnerschaft, in deren Rahmen die bisher größten Belastungswellen der 2.

Republik gegen die ArbeiterInnenklasse durchgesetzt wurden, glaubt. Um die nun anstehenden Attacken gegen das Sozialsystem abzuwehren, ist eine Offensive der Gewerkschaften nötig, die nicht beim Abwehren der Regierungspläne stehen bleibt, sondern die eine echte Umverteilung von unten nach oben bei Löhnen/ Gehältern, Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bringt. Die Gewerkschaften sind nicht dazu da, den Sozialabbau erträglicher zu machen, sondern für die Interessen der ArbeiterInnen einzutreten. Statt, wie in der aktuellen ÖGB-Zeitung „Solidarität“ schwammig „staatliche Investitionen“ zur Konjunkturbelebung und „gerechte Reformen“ zu fordern, wäre es an der Zeit ein alternatives Programm zu Regierungs- und Oppositionspolitik zu formulieren, dass sich an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientiert und nicht an den Profitinteressen der obersten 500.

DIE SOZIALISTISCHE LINKSPARTEI STEHT FÜR EIN SOLCHES PROGRAMM:

- Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche, 6 Stunden pro Tag bei vollem Lohn- und Personalausgleich, um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.
- Wertschöpfungsabgabe als echte Unternehmerbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsgesetzes, für echte Steuerprogression. Senkung der Lohnsteuern und Abschaffung aller Massensteuern.
- Offensive Lohnrunden seitens des ÖGB. Ziel dabei muss sein, dass erstens Frauenlöhne an Männerlöhne angeglichen werden und zweitens, dass mindestens Inflation- und Produktivitätssteigerungen abgegolten werden. Mindestlohn von EUR 1.100,- netto für alle ArbeitnehmerInnen.
- Anhebung der Mindestpension und des Arbeitslosengeldes auf EUR 1.100,- netto. Unbefristete Bezugszeit des Arbeitslosen-

geldes.
· Kostenloser und unbeschränkter Zugang zum Gesundheitswesen für alle in Österreich lebenden Menschen.
· Recht auf Pensionsantritt mit 55 für Männer und Frauen unter Wahrung aller Ansprüche.

STREIK IST NÖTIG. JETZT!

Die Unternehmer haben in den letzten Jahren bereits Milliarden von unseren Geldern in ihre Taschen geschleust. Sie werden nicht freiwillig bereit sein, auch nur einen Cent wieder rauszurücken. Im Gegenteil, wie die Regierungspläne deutlich machen, haben sie noch immer nicht genug. Wenn also die Regierungspläne zurückgeschlagen werden sollen, müssen ihnen die Gewerkschaften mit aller Kraft entgegentreten, das heißt mit Streikmaßnahmen, die die Unternehmer wirklich treffen. Der ÖGB hat in der Vergangenheit bewiesen, dass er von selbst nicht adäquat reagiert. Deshalb muss Druck von unten aufgebaut werden. Deshalb ist es nötig, dass möglichst viele ÖGB-Mitglieder, Betriebsratskörperschaften, Personalvertretungsausschüsse, aber auch SchülerInnen- und Studierendenvertretungen beim ÖGB Kampfmaßnahmen einfordern. Es reicht nicht, wenn ÖGB-Vorsitzender Verzetnitsch sich einmal auf die Strasse stellt und die Gewerkschaftszeitung verteilt. Er soll die 88% der Urabstimmung für Kampfmaßnahmen endlich ernst nehmen. Dazu braucht es umgehend die Einberufung einer österreichweiten Konferenz für aktive GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen, auf der Kampfmaßnahmen und die Ziele der Streiks beschlossen und organisatorisch und politisch vorbereitet werden sollen. Da die Regierung bereits Anfang Mai die Pensions“reform“ durchs Parlament bringen will, ist ein eintägiger, bundesweiter und branchenübergreifender Streiktag, sowie die Vorbereitung weiterer Streiks, dringend notwendig. Der ÖGB hat schon zu lange gewartet, jetzt muss er endlich zum Handeln gebracht werden!



Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen – bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn 1.100,- Euro netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit – sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungs-offensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung – Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchgesetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Eine neue Partei für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche ist nötig. Diese wird in sozialen und politischen Kämpfen entstehen. Bauen Sie schon heute mit der SLP die sozialistische ArbeiterInnen-Bewegung wieder auf.
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.

Ja, ich will

- ☐aktiv gegen den Sozialabbau der Regierung werden!
- ☐mit aktiv gegen den Krieg werden, ruft mich bitte an!
- ☐ein Vorwärts-Abo!
- ☐Mitglied der SLP werden!

Name _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Schule/Betrieb/Uni _____

Bitte an SLP, Kaiserstr. 14/11, 1070 Wien schicken.

TERMIN E

DONNERSTAG, 1. MAI

1. MAI KUNDGEBUNGEN:

Wien: ab 08.30 Uhr rund um Rathausplatz und Oper; ab 10.00 Albertina, Denkmal "Gegen Krieg und Faschismus"

Salzburg: 11.00 Uhr Bahnhofsvorplatz

Linz: ab ca. 08.30 Uhr Blumau - und ab 10.30 Uhr wieder Blumau

Graz: ca. 10.30 Uhr, Südtirolerplatz

MITTWOCH, 30. APRIL

DISKUSSION "WIE KANN DER PENSIONSRAUB GESTOPPT WERDEN?"

Wir bereiten uns auf den - hofentlich - Streiktag gegen die Regierung vor und diskutieren mit GewerkschafterInnen die Lage!

MITTWOCH, 30.4.
19.00 AMERLINGHAUS
7., Stiftgasse 8 (Raum 4)

(nahe U3-Neubaug., Linie 49)

Kommen Sie zu unseren Treffen:

Werden Sie mit uns aktiv!
Ob Krieg, Sozial- und Pensionsabbau, Rassismus: es gibt genügend Gründe, sich für seine Interessen einzusetzen. Bauen wir gemeinsam eine starke sozialistische Alternative zu den etablierten Parteien auf. Werden Sie aktiv in und mit der SLP und unserer internationalen Organisation, dem Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI).

